Editorial

Autor(en): **Grob, Ronnie**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **101 (2021)**

Heft 1089

PDF erstellt am: **02.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Editorial

«Paul?» – «Mama!» – «Ich glaube, dein Besuch möchte sich verabschieden.»

Aus dem Film «Ödipussi» von Loriot (1988).

Ronnie Grob
Chefredaktor

Der Staat verhält sich mehr und mehr wie die überfürsorgliche Mutter eines kerngesunden Teenagers. Obwohl dieser von Coronaviren nachweislich kaum betroffen ist, will sie ihn zu Hause einsperren, lässt ihn nicht tanzen gehen, verbietet ihm den Umgang mit Freunden. Gemeinsam mit Mama soll es ihm aber gut gehen: Sie warnt ihn zwar mit hocherhobenem Zeigefinger vor zu viel Zucker, stopft ihn aber eigenhändig mit Kuchen voll – wie das geht, hat das Bundesamt für Gesundheit in einer Aktion am 19. Juli auf dem Bundesplatz vorgeführt; das Amt verteilte Kuchen an all jene, die sich eine Coronavirus-Impfspritze setzen liessen. Unter solcher besitzergreifender Überfürsorge werden keine freiheitsliebenden Menschen entstehen, sondern neurotische, im schlimmsten Fall lebensuntaugliche. Die enge Mutterbindung wird zu einer engen Staatsbindung, und irgendwann wird es so weit sein, dass ein Erwachsener den Staat anrufen wird, wenn seine Schnürsenkel nicht mehr richtig zugeschnürt sind.

Es scheint heute zu den grössten Vergehen zu gehören, jung und gesund zu sein und sich nicht vor dem Leben oder vor einer Krankheit zu fürchten. Einem Staatsbürger, der – beim schönsten Sommerwetter – einfach nur frei leben und handeln will, legt der Staat nahe, dass er dafür ein Zertifikat oder eine Impfung braucht. Die Unschuldsvermutung wird damit umgedreht: Er gilt nicht per se als gesund, sondern als virenverseucht; und er wird verpflichtet, nachzuweisen, dass er virenfrei ist, selbst an existenzsichernden Orten wie dem Arbeitsplatz. Dieser Krieg gegen Gesunde, der sich auch gegen die Ungeimpften richtet, muss aufhören. Geimpfte können ihre Angst vor dem Leben wieder aufgeben, sind sie doch vor schweren Erkrankungsverläufen fast ganz geschützt – das jedenfalls verspricht die Impfung. Die Schweizer Spitäler waren gemäss Daten des BAG noch nie überlastet, und sind es auch heute nicht.

Liberale wissen es: Am besten funktioniert die Welt, wenn sich der Staat nur um das Allernötigste kümmert. Politiker, die dauernd intervenieren, tun oft nur das Falsche. Es zeigt sich seit Beginn von Corona: Politiker, Epidemiologen und staatsnahe Journalisten liefern eine verwirrende Melange immer neuer Kennwerte und Einschränkungen – die Angst vor Viren hat die Angst vor Terror abgelöst. Glücklich bleiben die Bewohner von Ländern, in denen die Obrigkeit nur wenig eingreift. Ohne Übermutter, die ihr persönliches und wirtschaftliches Vorankommen zurückhält, werden sie gestärkt aus der Krise hervorgehen. ‹